

# Erinnerungskultur, Feindbilder und neuer Kalter Krieg

Die Erklärung der beiden Attac-AGs *Europa* und *Globalisierung & Krieg* zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus<sup>1</sup> hat ein überdurchschnittliches Echo gefunden, sogar über die Grenzen hinaus. So hat z.B. Attac Spanien den Text ins Spanische übersetzt, Attac Ungarn hat ihn auf seine Webseite gestellt, Attac Japan hat eine japanische Version veröffentlicht, eine holländische Fassung steht im Web und auch beim virtuellen Weltsozialforum machte er die Runde.<sup>2</sup>

Das zeigt, die Erklärung traf einen Nerv und spricht etwas an, das heute viele bewegt: der Zusammenhang zwischen der Geschichte, die Erzeugung von Feindbildern, die gerade in diesen Tagen auf Hochtouren läuft, und die Zuspitzung internationaler Spannungen hin zu einem neuen Kalten Krieg. Und all dies in einer Situation, in der der globalisierte Kapitalismus eine Zivilisationskrise erzeugt hat, mit der Klimakatastrophe als Spitze des Eisbergs.

## Wer vom Faschismus reden will, kann vom Kapitalismus nicht schweigen

In solchen Zeiten kann sich die Erinnerung an Auschwitz nicht auf Kranzniederlegungen und staatliche Feierstunden beschränken, in denen Auschwitz als historisches Ereignis einer zurückliegenden Epoche behandelt wird, auch wenn solche Rituale ihre Berechtigung behalten.

Die entscheidende Frage ist, wie man heute all jenen Tendenzen entgegentreten kann, die bereits damals zum antihumanen Inferno von Auschwitz geführt haben: Überlegenheitsdenken, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Hass, Gewalt und Krieg. Dazu gehört natürlich, die Singularität des Genozids an den Juden für die heute lebenden Generationen immer wieder bewusst zu machen, auch bei jenen, die in dieses Land einwandern.

Dazu gehört auch der Kampf gegen die extreme Rechte und die gesellschaftlichen Ursachen für deren Aufstieg. Denn „*wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen*“ (Horkheimer; Die Juden und Europa). Heute sind es die Verwüstungen, die - nicht ausschließlich aber doch wesentlich – der neoliberale Kapitalismus verursacht hat, und die erneut Krieg und Rassismus befeuern.

Und dazu gehört Widerstand gegen Expansion und Aggressivität nach außen, z.B. gegen die Versuche der USA – und in ihrem Schlepptau der EU – wieder globale Vorherrschaft zu erlangen.

## Ausgrenzende Vereinnahmung des Erinnerns

Damit muss auch die Auseinandersetzung mit der Verfälschung der Geschichte einher gehen, wie sie nicht nur von der extremen Rechten betrieben wird, sondern auch von der EU und einigen Mitgliedsstaaten. Auch die offiziöse deutsche Erinnerungskultur ist von Geschichtsklitterung nicht frei, auch wenn sie subtiler funktioniert, nämlich in Form einer ausgrenzenden Vereinnahmung des Erinnerns. D.h. Manipulation entsteht durch Weglassen. So kommen folgende historischen Wahrheiten im offiziellen Gedenken nicht vor:

- der Vernichtungskrieg im Osten war in hohem Maße rassistisch motiviert. Grundlage war die rassenbiologisch begründete Ideologie: die NS-Führung wollte die „*slawischen Untermenschen*“ versklaven und vernichten, um in Osteuropa neuen „Lebensraum“ für „*arische Herrenmenschen*“ zu schaffen;
- im Generalplan Ost war die Auslöschung von 50–60 % der Russen im europäischen Teil der Sowjetunion geplant, weitere 15–25 % waren zur Verlegung in den Osten (d.h. Umsiedlung bzw. Vertreibung hinter den Ural, nach Sibirien) vorgesehen;
- zur psychologischen Kriegsvorbereitung der Bevölkerung spielte dabei die Ideologie von der „*jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung*“ eine große Rolle;

---

<sup>1</sup> An diesem 1996 eingeführten Gedenktag soll an die „*Opfer des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes erinnert*“ und „*der Millionen Menschen gedacht werden, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden*“ (Bundesgesetzblatt 1996, Teil I, S. 17)

<sup>2</sup> Wortlaut der Erklärung: <https://www.attac-netzwerk.de/pg-europa>

- anders als im Westen, war der Krieg im Osten deshalb ein Vernichtungskrieg. Es ging nicht nur darum den Gegner militärisch zu besiegen und damit Beute zu machen (Grenzkorrekturen, Zugang zu Rohstoffen etc.), sondern seine gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen sowie seine Kultur auszulöschen;
- dementsprechend war auch die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Die etwa 3 Millionen Soldaten wurden schlimmer als Tiere behandelt. Man ließ sie gezielt verhungern und auch in Auschwitz wurden etwa 14.000 sowjetischer Kriegsgefangene ermordet;
- bei der Blockade von Leningrad, die auch nach den damals geltenden Völkerrechtsregeln ein Kriegsverbrechen war, kamen 1,1 Millionen Zivilisten ums Leben. Insgesamt kostete der Krieg 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben.

Die Funktion des selektiven Umgangs mit der Geschichte dient dazu, Verantwortung für die heutige Politik abzuwehren, weil das nicht zu den aktuellen geopolitischen Interessen passt. Obwohl aus dem Genozid an den Juden völlig zurecht ein *Wehret den Anfängen!* begründet wird, das sich bis auf das Verhältnis zum Staat Israel von heute erstreckt, soll ähnliches im Verhältnis zu Russland im Keim erstickt werden. Natürlich kann es dabei nicht darum gehen die Sicherheit Russlands zur deutschen Staatstraiton zu erklären. Aber zumindest die Akzeptanz des *Prinzips der ungeteilten Sicherheit*, wie in der Ostpolitik Willy Brandts praktiziert, wäre notwendig - d.h. die Einsicht, dass Sicherheit im 21. Jahrhundert nur miteinander und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite erreicht werden kann, und dementsprechend Kooperation statt Konfrontation.

### **Kritik an innergesellschaftlichen Verhältnissen anderer Länder**

Emanzipatorische Politik hat selbstverständlich das Recht, innenpolitische Verhältnisse in anderen Ländern zu kritisieren. Dass in den USA 40 Millionen Afroamerikaner Opfer von strukturellem Rassismus sind, das politische System in hohem Maße von oligarchischen Interessen beherrscht ist, und einem Whistleblower, wie Julian Assange, 120 Jahre Gefängnis drohen, weil er Kriegsverbrechen der USA aufgedeckt hat, muss beim Namen genannt werden. Ähnliches gilt z.B. für den wiederholten Bruch von Menschen- und Völkerrecht durch Israel, die Verletzung von Rechtsstaatsprinzipien gegenüber unliebsamer Opposition im russischen Kapitalismus, die Repression ethnischer Minderheiten in China oder die Fassadendemokratie (Habermas) der EU.

Allerdings muss diese Kritik ihre Autonomie gegenüber der heuchlerischen Instrumentalisierung von Demokratie und Menschenrechten aus geopolitischen und machtpolitischen Motiven deutlich machen.

Eine solche Autonomie ist schwierig und erfordert Wissen, Diskussion – auch kontroverse - und die Entwicklung von Positionen, die der gegenwärtigen komplexen und chaotischen Situation in der Welt angemessen sind. Aber die Alternative ist, politisch zu verstummen oder selbst zum nützlichen Idioten der herrschenden Interessen zu werden.

Um einen gemeinsamen Prozess einzuleiten, sollte ein Konzept mit Veranstaltungen, Publikationen etc. entwickelt werden, an dem die im emanzipatorischen Lager vorhandenen Positionen fair und gleichberechtigt beteiligt sind.

11. Februar 2021